

Ausschüttungssperre und wurde daher den Rücklagen zugeführt.

Dass der Jahresüberschuss geringer ausgefallen ist als im Vorjahr, führt die Bundesbank auf die Erhöhung ihrer Risikovorsorge zurück. So stockte die Bundesbank ihre Wagnisrückstellung um 1,8 Milliarden Euro auf 15,4 Milliarden Euro auf. Die Aufstockung wird vor allem auf Zinsänderungsrisiken zurückgeführt, die sich aus den wachsenden Wertpapierbeständen im Rahmen der verschiedenen geldpolitischen Ankaufprogramme ergeben und im zurückliegenden Geschäftsjahr erstmals berücksichtigt worden sind. Die Zinsänderungsrisiken entstehen durch ein steigendes bilanzielles Ungleichgewicht zwischen langfristigen Aktiva und kurzfristigen Passiva. Die Bundesbank erhält für viele Jahre aus den langfristigen Wertpapieren der Ankaufprogramme und aus längerfristigen Refinanzierungsprogrammen nur eine sehr geringe Verzinsung, während sie die Einlagen der Kreditinstitute in Zukunft möglicherweise höher verzinsen muss.

### **Bundesbank: Jahresabschluss 2016**

Die Deutsche Bundesbank hat im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss von 1,0 (3,2) Milliarden Euro verbucht. Aufgrund einer Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,4 Milliarden Euro, der gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz in voller Höhe an den Bund abgeführt wurde. Der Unterschiedsbetrag von 0,6 Milliarden Euro ergab sich aus geänderten Abzinsungsbestimmungen für Pensionsrückstellungen. Er unterlag einer

Die wichtigste Quelle für den Jahresüberschuss der Bundesbank waren die Zinserträge, die sich auf 3,7 (3,3) Milliarden Euro beliefen. Der Anstieg der Zinserträge resultierte vor allem aus der Negativverzinsung der stark gewachsenen Einlagen. Die Zinsaufwendungen hingegen gingen um 0,6 Milliarden Euro auf 0,4 Milliarden Euro zurück. Durch diese beiden Effekte vergrößerte sich der Nettozinsertrag deutlich von 2,3 auf 3,3 Milliarden Euro.

Im Zuge der geld- und währungspolitischen Geschäfte erhöhte sich die Bilanz-

summe weiter und stieg kräftig um 400 Milliarden Euro auf 1400 Milliarden Euro. Seit dem Jahr 2006 hat sich die Bilanzsumme der Bundesbank mehr als verdreifacht. Auf der Aktivseite entfiel dabei ein großer Teil der Bilanzausweitung auf den Anstieg des Bestandes der Wertpapiere für geldpolitische Zwecke um 185,4 Milliarden Euro auf 357,7 Milliarden Euro. Allein aus dem Ankauf deutscher Staatsanleihen im Rahmen des PSPP ergab sich ein Zuwachs von 165,4 Milliarden Euro. Zudem schlugen sich die Liquiditätszuflüsse aus dem europäischen Ausland in einer Zunahme der Target-2-Forderung gegenüber der Europäischen Zentralbank (EZB) um 170,1 Milliarden Euro auf 754,3 Milliarden Euro nieder. Auf der Passivseite hat die durch die Ankaufprogramme geschaffene und aus dem Ausland zugeflossene Liquidität zur Bilanzausweitung beigetragen. Die Einlagen von Kreditinstituten bei der Bundesbank haben sich um 202,6 Milliarden Euro auf 411,3 Milliarden Euro erhöht, zugleich sind die Euro-Guthaben der in- und ausländischen Einleger um 123,8 Milliarden Euro auf 222,8 Milliarden Euro gestiegen.

Positionen in der Bilanz der Deutschen Bundesbank, die Marktpreisschwankungen unterliegen, wie beispielsweise Gold und Devisenbestände, werden grundsätzlich zu Marktpreisen bewertet. Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind nicht erfolgswirksam, sondern werden in einem passivischen „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ ausgewiesen. Dieser erhöhte sich vor allem aufgrund des gestiegenen Goldpreises im Vergleich zum Vorjahr von 105,7 Milliarden Euro auf 119,7 Milliarden Euro.

Die deutsche Wirtschaft sieht die Bundesbank in einer anhaltend guten Verfassung. Auch in diesem und dem nächsten Jahr rechnet sie mit einer weiter aufwärts gerichteten wirtschaftlichen Entwicklung. Allerdings, so die Mahnung, sollten die positiven Aussichten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die längerfristigen Wachstumsperspektiven in Deutschland unterdurchschnittlich sind, insbesondere wegen der demografischen Belastungen.

Auch im Euroraum erholt sich die Konjunktur der Bundesbank zufolge weiter. Der zuletzt zu beobachtende kräftige Anstieg der Inflation sei allerdings vor allem auf den höheren Ölpreis zurückzuführen gewesen. Den binnenwirtschaftlichen Preis-

druck ohne die Entwicklung von Energie- und anderen volatilen Produktpreisen stuft die Notenbank als derzeit noch vergleichsweise gering ein. Allerdings sei davon auszugehen, dass er langsam zunehme. Von einer Deflationsgefahr, also einer gefährlichen Abwärtsspirale aus sinkenden Löhnen und Preisen, sei der Euroraum weit entfernt. Der Bundesbankpräsident wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man über den angemessenen geldpolitischen Expansionsgrad unterschiedlicher Auffassung sein könne. Es sei bekannt, dass er insbesondere die Staatsanleihekäufe kritisch sehe. Er warnte vor allem davor, die Notenbank zu überfordern. So könne die Geldpolitik nicht dauerhaft für mehr Wachstum sorgen, dies könne nur die Politik.

## Basel-III-Monitoring im ersten Halbjahr 2016

Die deutschen Institute weisen zum 30. Juni 2016 weiterhin eine stabile Eigenkapitalausstattung aus. Dies ergab die aktuelle halbjährliche Analyse der Deutschen Bundesbank, die untersucht, wie sich die Eigenkapitalreformen und die neuen Liquiditätsstandards, besser bekannt als Basel-III-Rahmenwerk, auf Banken auswirken. Zu den insgesamt 39 untersuchten deutschen Banken gehörten sieben international aktive sogenannte Gruppe-1-Institute mit einer Kernkapitalausstattung von mehr als 3 Milliarden Euro gemäß aktueller Regulierung sowie weitere 32 kleinere deutsche Institute, die der Gruppe 2 zuzurechnen sind. Die halbjährliche Datenanalyse der Bundesbank findet im Rahmen des Basel-III-Monitoring statt. Hierbei beobachten und analysieren der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) seit Anfang 2011 die Auswirkungen der Eigenkapitalreformen und der neuen Liquiditätsstandards für ausgewählte Institute auf halbjährlicher Basis. Bei der europäischen Erhebung sind 164 Banken aus 18 EU-Mitgliedsländern beteiligt.

Die alle sechs Monate durchgeführte Auswirkungsstudie konzentriert sich auf die bereits rechtlich umgesetzten Bereiche des Basel-III-Rahmenwerks und die Verschuldungskennziffer (Leverage Ratio). Auf der regulatorischen Agenda des Baseler Ausschusses steht derzeit insbesondere die

Vollendung von Basel III mit dem Ziel, die Unterschiede bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva (RWA) zu reduzieren. Die dazugehörigen Auswertungen – unter anderem zur Überarbeitung der internen Modelle und des Standardansatzes für das Kreditrisiko (inklusive Output Floor), zur Anpassung der Regeln für das Handelsbuch und das neue Verbriefungsrahmenwerk – sind in den veröffentlichten Ergebnissen nicht abgebildet, da die Verhandlungen hierzu auf internationaler Ebene noch nicht abgeschlossen sind.

Die Regulierungsreformen, die bereits umgesetzt sind, haben aus Sicht der Deutschen Bundesbank dazu geführt, dass deutsche Banken heute wesentlich mehr und sehr viel hochwertigeres Kapital vorhalten als noch vor wenigen Jahren. Standen die großen deutschen Institute 2011 noch bei einer Kernkapitalquote von 5,4 Prozent, so waren es Ende Juni 2016 schon 12,1 Prozent. Die Institute der Gruppe 1 meldeten zum 30. Juni 2016 im Mittel eine Quote des harten Kernkapitals (gemäß Vollumsetzung des Regulierungspaketes CRR/CRD IV) von 11,6 Prozent, die der Gruppe 2 von 13,5 Prozent. Alle Institute beider Gruppen erfüllten neben den Mindestanforderungen die Anforderungen an den Kapitalerhaltungspuffer, der seit dem Jahr 2016 schrittweise bis zum Jahr 2019 eingeführt wird. Die seit der ersten Erhebungsrunde im Juni 2011 konstante Steigerung der Kapitalquoten ist auf eine grundlegende Stärkung der Kapitalbasis zurückzuführen sowie auf den Abbau von risikogewichteten Positionswerten. So verringerten die Gruppe-1-Institute seit Juni 2011 die Gesamt-RWA um 31,4 Prozent (Gruppe 2: 21,5 Prozent) und erhöhten den Bestand an hartem Kernkapital um 49,9 Prozent (Gruppe 2: 26,8 Prozent).

Die Stärkung der Kapitalbasis verbesserte zudem die durchschnittliche Leverage Ratio beider Gruppen. Die Leverage Ratio setzt das Kernkapital eines Instituts ins Verhältnis zum nicht risikogewichteten Gesamtengagement. Sie betrug zum 30. Juni 2016 für Institute der Gruppe 1 im Mittel 3,6 Prozent und für Institute der Gruppe 2 im Mittel 5,3 Prozent. Damit haben die Banken ihren Verschuldungsgrad seit dem Beginn der Erhebung im Juni 2011 deutlich verringert. Um eine Verschuldungskennziffer in Höhe von 3 Prozent einzuhalten, müssen alle Gruppe-1-Institute und 74,2 Prozent der teilnehmenden

## Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen



### Verlag und Redaktion:

Verlag Fritz Knapp GmbH  
Aschaffener Str. 19, 60599 Frankfurt,  
Postfach 70 03 62, 60553 Frankfurt.  
Telefon: (0 69) 97 08 33 -0, Telefax: (0 69) 7 07 84 00  
E-Mail: red.zfgk@kreditwesen.de  
Internet: www.kreditwesen.de

**Herausgeber:** Klaus-Friedrich Otto

**Chefredaktion:** Dr. Berthold Morschhäuser (Mo),  
Philipp Otto (P.O.)

**Redaktion:** Swantje Benkelberg (sb), Daniel  
Rohrig (dro), Hanna Thielemann (Volontärin, ht),  
Philipp Hafner (Volontär, ph), Frankfurt am Main

**Redaktionssekretariat und Layout:** Anja Oehrl

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer  
die Meinung der Redaktion wieder. Bei unverlangt ein-  
gesandten Manuskripten ist anzugeben, ob dieser oder  
ein ähnlicher Beitrag bereits einer anderen Zeitschrift  
angeboten worden ist. Beiträge werden nur zur Allein-  
veröffentlichung angenommen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Bei-  
träge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Ur-  
heberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags  
unzulässig.

**Manuskripte:** Mit der Annahme eines Manuskripts zur  
Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Autor das aus-  
schließliche Verlagsrecht sowie das Recht zur Einspeiche-  
rung in eine Datenbank und zur weiteren Vervielfältigung  
zu gewerblichen Zwecken in jedem technisch möglichen  
Verfahren. Die vollständige Fassung der Redaktionsricht-  
linien finden Sie unter [www.kreditwesen.de](http://www.kreditwesen.de).

**Verlags- und Anzeigenleitung:** Uwe Cappel,  
Frankfurt am Main, Aschaffener Str. 19.

**Anzeigenverkauf:** Hans-Peter Schmitt,  
Tel. (0 69) 97 08 33-43, Frankfurt am Main,  
Aschaffener Str. 19.

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 1.1.2017  
gültig.

**Zitierweise:** KREDITWESEN

**Erscheinungsweise:** am 1. und 15. jeden Monats.

**Bezugsbedingungen:** Abonnementspreise inkl. MwSt.  
und Versandkosten: jährlich € 593,15, bei Abonne-  
ments-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 304,75, 1/4-jährlich  
€ 155,45. Ausland: jährlich € 615,47. Preis des Einzelheftes  
€ 24,00 (zuzügl. Versandkosten).

**Verbundabonnement** mit der Zeitschrift »bank  
und markt«: € 904,29, bei Abonnements-Teilzahlung:  
1/2-jährlich € 474,77, 1/4-jährlich € 248,99. Ausland:  
jährlich € 931,65.

Studenten: 50% Ermäßigung (auf Grundpreis).

Der Bezugszeitraum gilt jeweils für ein Jahr. Er verlängert  
sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen  
Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes eine schriftliche  
Abbestellung vorliegt. Bestellungen direkt an den Verlag  
oder an den Buchhandel.

Probeheftanforderungen bitte unter  
Tel.: (0 69) 97 08 33-25.

Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlags oder  
infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche.

**Bankverbindung:** Landesbank Hessen-Thüringen Giro-  
zentrale, Frankfurt am Main, IBAN: DE73 5005 0000  
0010 5550 01, BIC: HELADEF3

**Druck:** Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH &  
Co. KG, Sontraer Straße 6,  
60386 Frankfurt am Main.

ISSN 0341-4019

Gruppe-2-Institute eine höhere Kernkapi-  
talausstattung aufweisen als zur Erfüllung  
der risikobasierten Mindestkernkapitalan-  
forderung in Höhe von 6 Prozent. Würden  
zusätzlich der Kapitalerhaltungspuffer, der  
Puffer für global oder anderweitig system-  
relevante Institute oder ein antizyklischer  
Kapitalpuffer berücksichtigt, wäre die Bin-  
dungswirkung der Verschuldungskennzif-  
fer jedoch geringer.

Die deutschen Institute weisen ähnliche Ka-  
pitalquoten aus wie Institute anderer euro-  
päischer Länder. Dagegen ist die mittlere  
Leverage Ratio der deutschen Gruppe-1-  
Institute im europäischen Vergleich nach  
wie vor unterdurchschnittlich. Das heißt,  
durchschnittlich halten sie im Verhältnis zu  
ihrem Gesamtengagement weniger Eigen-  
kapital als andere europäische Institute. Die  
mittlere Leverage Ratio der deutschen  
Gruppe-2-Institute entspricht dem Median  
der europäischen Vergleichsinstitute.

Weiterhin befasst sich die Studie mit der  
Liquiditätsdeckungskennziffer, der soge-  
nannten Liquidity Coverage Ratio (LCR).  
Die kurzfristige, stressbasierte LCR defi-  
niert die Mindestanforderung an den Be-  
stand hochliquider Aktiva, die notwendig  
sind, um die in einem 30-tägigen Stress-  
szenario auftretenden Nettozahlungsmit-  
telabflüsse abzudecken. Die durchschnitt-  
liche LCR betrug für Gruppe-1-Institute  
115,8 Prozent und für Gruppe-2-Institute  
148,4 Prozent. Im Mittel erfüllten somit  
die Institute beider Gruppen die vom  
Jahr 2018 an einzuhaltende Mindestanfor-  
derung von 100 Prozent. Unterhalb dieser  
Mindestquote lagen zum betrachteten  
Stichtag noch ein Gruppe-1-Institut und  
zwei Gruppe-2-Institute. Jedoch erfüllten  
alle Institute zum 30. Juni 2016 die ab  
1. Januar 2017 einzuhaltende Mindestquo-  
te von 80 Prozent.

Als weitere Liquiditätskennziffer wurde die  
strukturelle Liquiditätsquote, die Net Stable  
Funding Ratio (NSFR), betrachtet. Die NSFR  
ist eine bilanzbasierte Kennzahl, die vor-  
handene Finanzierungsmittel den zu finan-  
zierenden Aktiva gegenüberstellt. Die NSFR  
betrug für Institute der Gruppe 1 im Mittel  
98 Prozent. Sie benötigten damit zusam-  
men noch 47,4 Milliarden Euro an stabilen  
Finanzierungsmitteln, um die vom Jahr 2018  
an geltende Mindestquote von 100 Prozent  
zu erfüllen. Die durchschnittliche NSFR der  
Institute der Gruppe 2 lag bei 106,8 Pro-  
zent. Auf Einzelinstitutsbasis benötigten

fünf Institute der Gruppe 2 zusammen noch  
16 Milliarden Euro an stabilen Finanzie-  
rungsmitteln zur Einhaltung der NSFR. Seit  
der ersten Erhebungsrunde im Juni 2011  
verringerte sich der Bedarf an stabilen Fi-  
nanzierungsmitteln von Instituten der  
Gruppe 1 um 72,3 Prozent und von Institu-  
ten der Gruppe 2 um fast 100 Prozent.

## EZB-Stresstest zu Zinsänderungsrisiken

Die Europäische Zentralbank hat Ende Feb-  
ruar 2017 eine Sensitivitätsanalyse auf den  
Weg gebracht, die sich schwerpunktmäßig  
mit dem Zinsänderungsrisiko in den An-  
lagebüchern direkt beaufsichtigter Banken  
befasst. Die Beurteilung der Zinsände-  
rungsrisiken ist Teil des jährlichen Über-  
prüfungs- und Bewertungsprozesses (Su-  
pervisory Review and Evaluation Process –  
SREP). Von dem Stresstest erhofft sich die  
EZB hinreichende Informationen, um sich  
ein Bild von der Zinssensitivität der Aktiva  
und Verbindlichkeiten in den Anlage-  
büchern der Banken sowie von der An-  
fälligkeit der Nettozinserträge gegenüber  
hypothetischen Zinsänderungen zu ma-  
chen. Die Gesamtkapitalvorgaben für die  
Banken – Anforderungen und Empfehlun-  
gen – dürften unter sonst gleichen Bedin-  
gungen unverändert bleiben.

Die EZB-Bankenaufsicht wird sechs Zins-  
schockszenarien anwenden, die auf den  
vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht  
im April 2016 veröffentlichten Standards  
zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch  
(Standards – Interest rate risk in the ban-  
king book) beruhen. Diese Schockszenarien  
tragen unterschiedlichen Veränderungen in  
Höhe und Form der Zinsstrukturkurve Rech-  
nung und liefern den Aufsehern Informati-  
onen darüber, wie sich die Schocks auf das  
wirtschaftliche Eigenkapital und die Netto-  
zinserträge auswirken würden. Bei den  
Schocks handelt es sich nicht um realisti-  
sche Prognosen für die Zinsentwicklung im  
Euroraum. Die Ergebnisse des Stresstests  
sollen im Rahmen des SREP erörtert wer-  
den. Die aufsichtlichen Kapitalvorgaben  
(hauptsächlich Säule-2-Empfehlungen) in  
den SREP-Beschlüssen 2017 sollen nicht auf  
den quantitativen Ergebnissen des Stress-  
tests beruhen, sondern auf der relativen An-  
fälligkeit der Banken gegenüber den beim  
Test angewandten Zinsschocks.